

Grüne tief enttäuscht von Genehmigung

LANDWIRTSCHAFT Hüasers kritisiert Bewilligung für Stallneubau in Amelhausen

AMELHAUSEN/USU – „Tief enttäuscht“ reagiert die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen auf die Genehmigung des Hähnchenmaststalls in Amelhausen durch den Landkreis Oldenburg. Damit darf nach langen Diskussionen jetzt ein Stall mit 29 745 Plätzen gebaut werden. „Die Grünen-Fraktion hat über Monate in vielen Gesprächen mit der Kreisverwaltung versucht, die Umweltbelange dieses Bauvorhabens angemessen zu behandeln“, betont Eduard Hüasers in der Stellungnahme. „Völlig unverständlich“ ist es für ihn, „warum der Landkreis jetzt bewil-

ligt. Die entscheidenden Fragen sind nicht geklärt.“

Nach Auffassung der Grünen ist jede zusätzliche Belastung durch Stickstoff für ein FFH-Gebiet erheblich, zumal im Poggenpohlsmoor Pflanzen vorkommen, die nur gut 10 bis 12 Kilogramm Stickstoff pro Hektar und Jahr vertragen. „Wenn man nach momentanen Berechnungen schon weit über das Doppelte über die Luft einträgt, sind einige hundert Gramm zusätzlich nicht unerheblich“, kritisieren die Grünen die Aussagen der Kreisverwaltung. Zwar werde der Schwellenwert in der Einzelbetrachtung

eingehalten, doch diese Einzelbetrachtung sei nur bedingt zulässig und werde selbst von der Landwirtschaftskammer nach Auftragserteilung anders behandelt, heißt es.

Da in diesen Fragen Unsicherheit in der Verwaltung bestehe, ab wann eine zu erwartende zusätzlich Stickstoffdisposition als erheblich zu werten ist, wurde das Ministerium um Vollzughilfe gebeten. „Warum das nicht abgewartet wurde, ist vollkommen unverständlich“, so Hüasers und verweist auf entsprechende Urteile des Bundesverwaltungsgerichts.

Den Verweis auf das Einvernehmen der Gemeinde Großenkneten sieht Hüasers als „Verstecken“ der Kreisverwaltung an. „Das geht für eine Baubehörde gar nicht“, so der Grüne. Sie habe zu prüfen und die Gesetze, Rechtsprechungen und Kommentierungen auch in Sinne des Naturschutzes zu werten, so Hüasers.

Die Kreistagsfraktion werde sich in der kommenden Woche die Argumente für die Bewilligung von der Verwaltung erläutern lassen. Danach werde sie entscheiden, ob sie einen möglichen Klagewege von Umweltorganisationen unterstützt, so Hüasers.